

## **Entschließungsantrag** **der Fraktion der CDU/CSU**

**zur Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung**  
**— Drucksache 9/1424 —**

### **Berufsbildungsbericht 1982**

Die Versorgung der geburtenstarken Jahrgänge mit ausreichenden Ausbildungsplätzen ist angesichts der allgemein schlechten Wirtschaftslage und der desolaten Finanzlage in den öffentlichen Kassen schwieriger geworden. Auf der anderen Seite wird die Nachfrage von Jugendlichen nach Ausbildungsplätzen auch in den nächsten Jahren auf einem anhaltend hohen Niveau verbleiben. Das Angebot an Ausbildungsplätzen muß auf diese hohe Nachfrage ausgerichtet werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß das Angebot an Ausbildungsplätzen sich nicht nur nach der rein quantitativen Zahl von Schulabgängern, sondern auch nach deren Berufswünschen und den Berufsmöglichkeiten in der Region und in der Branche richten muß.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Anstrengungen zur Belebung der Wirtschaft sind auch für die bildungspolitische Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Sie bilden eine grundlegende Voraussetzung dafür, daß die öffentlichen und privaten Arbeitgeber wie bisher qualifizierte Ausbildungsplätze in ausreichender Zahl anbieten können.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, nicht durch die Fortsetzung einer einseitigen Informationspolitik über die Zahl und die Qualität der Ausbildungsplätze die ausbildungsbereite Wirtschaft weiter zu verunsichern und damit die Ausbildung von Jugendlichen zu gefährden.
3. Der Deutsche Bundestag ersucht die Bundesregierung, bei der Jugend für eine größere Flexibilität hinsichtlich ihrer Berufswünsche zu werben, denn auch in den nächsten Jahren wird nicht jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz seiner Wahl etwa in Modeberufen erhalten können. Vor allem auch die

Berufsberatung steht hier in der Verantwortung, die Jugendlichen und ihre Eltern über das breite Spektrum der Ausbildungsberufe und die in den einzelnen Ausbildungsberufen derzeit feststellbaren Berufschancen zu informieren.

4. Für die unternehmerische Planung auch von Ausbildungsplätzen sind möglichst zuverlässige Prognosen Vorbedingung. Deshalb ist es wichtig, Rahmendaten und Bedingungen für die duale Ausbildung in den nächsten Jahren wie z. B. die Pflichtschuldauer konstant zu halten.
5. Der Deutsche Bundestag ersucht die Bundesregierung, bei den Wirtschaftsunternehmen mit Bundesbeteiligung für eine Beibehaltung und wenn möglich Vergrößerung der in der Vergangenheit geleisteten Ausbildungsaktivitäten dieser Unternehmen trotz konjunktureller und betriebswirtschaftlich struktureller Schwierigkeiten zu werben.
6. Der Deutsche Bundestag ersucht die Bundesregierung, dafür Sorge zu tragen, daß die öffentlichen Arbeitgeber im Bereich des Bundes die aus finanziellen Gründen notwendigen Personalkürzungen nicht zu Lasten der Ausbildungsbemühungen vornehmen.
7. Der Deutsche Bundestag appelliert an die Länder und Gemeinden, ihrer gesellschaftspolitischen und bildungspolitischen Verantwortung zur Versorgung der Jugendlichen mit qualifizierten Ausbildungsplätzen in ihren Zuständigkeitsbereichen weiterhin gerecht zu werden.
8. Der Deutsche Bundestag appelliert an alle, die über Ausbildungsmöglichkeiten entscheiden, die öffentlichen Arbeitgeber wie die private Wirtschaft, sich wie in der Vergangenheit dieser Aufgabe zu stellen.

Bonn, den 10. März 1982

**Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion**

**Begründung**

1. Aufgrund der erheblich verschlechterten Haushaltslage vor allem des Bundes besteht die Gefahr, daß öffentliche Arbeitgeber einen Teil der notwendig werdenden personellen und finanziellen Einsparungen dadurch zu erzielen versuchen, daß sie nicht mehr so viele Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen wie bisher. Einsparungs- und Rationalisierungsmaßnahmen dürfen jedoch nicht zu einer Verringerung von Ausbildungsplätzen führen.
2. Die private Wirtschaft hat ebenso wie die öffentlichen Arbeitgeber in den letzten Jahren durch ihre verstärkten Ausbildungsanstrengungen ihre gesellschaftspolitische Verantwortung unter Beweis gestellt. Dafür gebührt ihnen allen Dank. Angesichts des sich vollziehenden Strukturwandels in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt und veränderter beruflicher und schulischer Qualifikation wird es auch in den nächsten Jahren notwendig sein, flexibel auf die sich strukturell ändernde nach wie vor hohe Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zu reagieren.

